



## Pressemitteilung

4. Februar 2024

### **Münchener Friedenskonferenz appelliert an Stadtrat: Meinungsvielfalt und Friedenskultur weiterhin fördern**

**Der Antrag aus den Reihen der Stadtratsfraktionen SPD/Volt sowie Grüne-Rosa Liste vom 1. Februar 2024, die Förderung der Internationalen Münchener Friedenskonferenz einzustellen, ist besorgniserregend. Die Begründung des Antrags als „aufgabenkritische Konsolidierungsmaßnahme“ ist nicht nachvollziehbar. Der Trägerkreis der Friedenskonferenz bittet die antragstellenden Stadträtinnen und Stadträte, den Antrag zurückzuziehen.**

Die Begründung des Antrags, dass die Friedenskonferenz keine "erkennbare kommunale Befassung" vorweisen könne, trägt nicht. Die kommunale Befassung der Friedenskonferenz ist schon dadurch gegeben, dass sie Münchnerinnen und Münchnern Raum bietet, sich kritisch mit der Münchner Sicherheitskonferenz auseinanderzusetzen. Dieses öffentliche Angebot ist angesichts der Intransparenz und Ausgrenzung, die die Münchner Sicherheitskonferenz gegenüber der Münchner Zivilgesellschaft und der gesamten Öffentlichkeit praktiziert, dringend notwendig.

Die Darstellung des Antrags als Konsolidierungsmaßnahme ist ebenfalls fragwürdig. Der Anteil der beantragten Fördersumme der Friedenskonferenz 2024 (6.500 €) am Budget des Kulturreferats für Förderung von Kunst und Kultur beträgt weniger als 0,01%.

Es ist bedauerlich, dass der Antrag zwar als "aufgabenkritisch" deklariert ist, auf die tatsächlichen Aufgaben des Kulturreferats aber nicht eingeht. Denn eine Kernaufgabe des Kulturreferats ist das "Schützen und Stärken der Grundwerte der Demokratie wie Kunst- und Meinungsfreiheit".

Genau das macht die Münchener Friedenskonferenz aus: Die diesjährige Auftaktveranstaltung am 16. Februar 2024, 19 Uhr in der Freiheitshalle befasst sich mit den Menschenrechten auf Kriegsdienstverweigerung und Asyl, sowie dem Friedensgebot - verankert im Grundgesetz gelten sie als Grundwerte der Demokratie (siehe GG Art. 4 Abs. 3; GG Art. 16a; GG Präambel Satz 1; GG Art. 1 Abs. 2; etc.).

Wir betrachten es als unsere Aufgabe, eine Kultur des Friedens zu fördern. Auch die Stadt München hat sich dieser Aufgabe verschrieben – spätestens, seit sie 2005 dem Städtebündnis „Mayors for Peace“ (z.dt.: „Bürgermeister\*innen für den Frieden“) beigetreten ist.

Das Vorgehen der antragstellenden Stadträtinnen und Stadträte, der Friedenskonferenz ohne Vorwarnung kurz vor Veranstaltungsbeginn den finanziellen Boden unter den Füßen wegziehen zu wollen, gefährdet die Durchführung der Friedenskonferenz.



Mit dem Kulturreferat arbeiten wir seit Jahren vertrauensvoll zusammen. Aus dieser Richtung war bis zuletzt nichts über eine Gefährdung der Förderung zu vernehmen. Über den Antrag mussten wir aus der Presse erfahren und konnten die antragstellenden Stadträtinnen und Stadträte daher erst im Nachgang um ein persönliches Gespräch anfragen.

Wir bitten die 14 Stadträtinnen und Stadträte von SPD/Volt und Die Grünen - Rosa Liste eindringlich, ihren Antrag zur Einstellung der finanziellen Förderung der Internationalen Münchener Friedenskonferenz zurückzuziehen.

**Kontakt:**

Maria R. Feckl

*Projektleitung Internationale Münchener Friedenskonferenz*

Tel.: 0160 97 50 20 28

E-mail: [office@friedenskonferenz.info](mailto:office@friedenskonferenz.info)

Internationale Münchener Friedenskonferenz  
% Helmut-Michael-Vogel Bildungswerk e.V.  
Frauenlobstr. 24 Rgb.  
80337 München

**Organisationen des Trägerkreises:**

Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner\*innen Landesverband Bayern (DFG-VK Bayern)

pax christi Diözese München und Freising e.V.

Internationale Ärzt\*innen für die Verhütung des Atomkrieges / Ärzt\*innen in sozialer Verantwortung e.V. (IPPNW)

Greenpeace e.V.

MSKverändern e.V.

Netzwerk Friedenssteuer

NatWiss Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit e.V.

Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerk e.V.

IFFF Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit

Mehr Information unter [www.friedenskonferenz.info](http://www.friedenskonferenz.info)